

i.punkt Landtag

Informationen des Landtagsabgeordneten Andreas Stoch aus Landtag und Wahlkreis

Ausgabe 2/2019

22. Mai 2019



Foto: SPD Baden-Württemberg

Liebe Leserinnen und Leser,

Eine Woche vor der Europawahl hat die Landes-SPD den Wahlkampfendspurt in Heidelberg eingeleitet. 500 Menschen auf dem proppenvollen Marktplatz waren dabei, um unsere Spitzenkandidatin Katarina Barley, die SPD-Bundesvorsitzende Andrea Nahles und mich live zu mitzuerleben und zu unterstützen. Für die klaren Ansagen im Kampf gegen den Rechtspopulismus gab es viel Beifall. Wir stehen vor der Entscheidung, ob wir ein geeintes Europa haben wollen, in dem alle Staaten mit Respekt und auf Augenhöhe zusammenarbeiten, oder ein nationalistisches Europa, in dem jeder Staat nur an sich denkt. Die unendlichen Querelen um den Brexit und nun auch der Skandal um FPÖ-Chef Strache zeigen, wohin eine nationalistische und rechtspopulistische Politik führt. Diese so genannten Politiker haben kein Interesse an politischer Gestaltung oder am Wohle der Gemeinschaft. Europas Rechte ist korrupt und demokratieverachtend! Ziel ihrer Lügen und Intrigen ist lediglich die eigene Profilierung und Bereicherung auf Kosten unserer Demokratie. Deswegen ist es wichtig, dass die demokratischen Parteien in Europa wieder stärker werden und die konservativen Parteien ihre Zusammenarbeit mit diesen Demokratiefeinden endlich beenden.

Auch die SPD-Ortsvereine und Kreisverbände haben in den letzten Wochen und Monaten einen intensiven Wahlkampf geführt, haben mit den Menschen vor Ort gesprochen, ihre Positionen dargelegt und für ihre politischen Ziele geworben. Die SPD tritt ein für die Stärkung von Arbeitnehmerrechten und ein solidarisches Miteinander, für mehr bezahlbaren Wohnraum, innovative und finanzierbare Mobilitätskon-

zepte, eine vernünftige und klimaschonende Energiepolitik, qualitativ gute und flexible Kinderbetreuung, die Stärkung und Entlastung von Familien, eine wohnortnahe und qualitativ hochwertige Schulentwicklung, gute Gesundheitsversorgung - auch im ländlichen Raum, und ein Älterwerden in vertrauter Umgebung. Danken möchte ich an dieser Stelle allen Wahlkämpfern und besonders den bisherigen Mandatsträgern für ihre wichtige und meist zeitintensive ehrenamtliche Arbeit in den Kommunalparlamenten. In den Gemeinderäten und Kreistagen ist die SPD eine feste Größe und hat viel Gutes für die Menschen erreicht. Dafür lohnt es sich auch weiterhin zu kämpfen.

Auch wenn auf Landesebene noch keine Wahlen anstehen, so steht die Arbeit im Stuttgarter Parlament nicht still. Wobei man sagen muss, dass die Bewegung der Landesregierung nach wie vor mehr ein Hin und Her ist, als eine Vorwärtsbewegung. Die Streitigkeiten zwischen Grünen und CDU hören nicht auf, sondern erstrecken sich auf immer mehr Themenfelder und machen die Landesregierung mehr und mehr handlungsunfähig. So werden die am 10. Mai mit der Sitzung der Haushaltsstrukturkommission begonnenen Etatverhandlungen zum nächsten Doppelhaushalt 2020/2021 zu einer echten Bewährungsprobe für die ohnehin labile Koalition. Denn laut Steuerschätzung sind die Zeiten der übervollen Kassen, in denen jeder innerkoalitionäre Zwist mit Geld zugeschüttet werden konnte, nun vorbei. Auch die Schuldenbremse, die ab 2020 greift, wird das Land zu Einsparungen zwingen. Ich bin gespannt, wie sich dann das Verhältnis zwischen den Regierungsparteien weiterentwickelt, wenn das große Hauen und Stechen um die weniger auskömmlichen Finanzen in den einzelnen Ressorts losgeht.

Ich wünsche Euch einen spannenden Wahlsonntag, natürlich gute Ergebnisse für die SPD bei den Kommunalwahlen und auch bei der Europawahl und natürlich wieder eine interessante und anregende Lektüre.



Euer Andreas Stoch

Sicherheitsbericht des Innenministers

In der 88. Sitzung am 3. April gab CDU-Innenminister Thomas Strobl im Rahmen einer Regierungsinformation den Sicherheitsbericht 2018 des Landes Baden-Württemberg, basierend auf der Polizeilichen Kriminalitätsstatistik.

Der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion **Sascha Binder** begrüßt zwar, dass das Innenministerium neben der Kriminalstatistik einen Sicherheitsbericht abliefern, weil dieser mehr Informationen über die aktuelle Situation wiedergibt als eine reine Statistik. Allerdings habe sich der Minister auf die bloße Darstellung positiver Entwicklungen beschränkt. Wenn aber die Erkenntnisse, vor allem der dunklen Seiten, nicht ernstgenommen würden, brauche es diesen Bericht nicht. Selbstverständlich brauche man Konzepte, wie mit gefährlichen Intensivtätern – unabhängig von der Nationalität – umgegangen werden müsse, allerdings sei die Polizei hier in Vielem schon weiter als der Innenminister und setze dies um. Großen Dank zollte Binder deswegen allen Polizisten, die trotz Personalmangel und zunehmender Aggression gegen Beamte ihren Dienst leisten. Doch die zunehmende Aggression im öffentlichen Raum und die Verletzung der sexuellen Selbstbestimmung spielten im Bericht überhaupt keine Rolle, stattdessen kümmert man sich bevorzugt um die Evaluierung der Polizeistrukturreform und die Verschärfung des Polizeigesetzes. Die SPD setzt auf Prävention als bedeutenden Baustein der inneren Sicherheit. Möglichkeiten für eine bessere Kriminalitätsprävention gebe es z.B. durch städtebauliche Maßnahmen, wie die Gestaltung und Beleuchtung öffentlicher Plätze, und mehr mobile Jugendarbeit, um Vandalismus und Lärmbelästigung zu bekämpfen. Respektlosigkeit und Verrohungstendenzen seien ein gesamtgesellschaftliches Problem und müssten gemeinsam angegangen werden. Von den 1.500 neuen Stellen, die der Minister versprochen habe, werden nach Aussage seines eigenen Hauses bis zum Ende der Legislaturperiode lediglich 257 Stellen geschaffen werden. Damit bleibe Strobl weit hinter seinen Versprechungen zurück.



Foto: Landtag von Baden-Württemberg

Die Finten der Kultusministerin

In der 89. Landtagssitzung am 4. April kritisierte die SPD-Landtagsfraktion in der von ihr beantragten Aktuelle Debatte die Arbeit der CDU-Kultusministerin.

Für den bildungspolitischen Sprecher der SPD-Fraktion **Dr. Stefan Fulst-Blei** ist diese Debatte das Echo der Ungerechtigkeit, die in vielen Mails und Schreiben von Lehrkräften geäußert wurde. Ihnen werde sehr viel abverlangt. Aber das Kultusministerium bemühe sich weder um Abhilfe, noch zeige es Wertschätzung gegenüber den Lehrkräften, sondern betreibe stattdessen eine „Politik der Finten“.

Aktuelles Beispiel ist der horizontale Laufbahnwechsel, bei dem sich Haupt- und Werkrealschullehrer über ein Jahr lang berufsbegleitend weiterqualifizieren konnten. Doch die ihnen danach zustehende Beförderung wird über 500 Lehrkräften an Gemeinschaftsschulen statt zum August dieses Jahres erst zum Januar 2020 gewährt. Dieser fünfmonatige Verzug bedeutet eine finanzielle Einbuße von über 2.300 Euro. Die Verantwortung schieben sich hierbei Finanz- und Kultusministerin gegenseitig zu.

Auch die Umsetzung des Konzepts zur Stärkung der Schulleitungen stehe still. Seit drei Jahren warteten diese auf Entlastung und eine Besoldungsanpassung. Weil die Koalitionspartner sich auch hier nicht einigen können, werde dies nicht vor 2020 geschehen. Dabei dränge die Zeit, denn mehr als 200 Leitungsstellen sind in diesem Schuljahr nicht besetzt. Die SPD fordert, die Schulleitungen nicht länger allein zu lassen und das Paket auf August 2019 vorzuziehen. Eine weitere Finte schlägt die Kultusministerin bei der Unterrichtsversorgung. Während sie hervorragende Einstellungschancen verspricht, habe sie seit ihrem Amtsantritt jedes Jahr über 2.000 Gymnasiallehrkräfte nach dem Studium auf der Straße sitzen lassen. 1.000 Stellen wurden noch 2017 gestrichen. Damit hätte die Krankheitsreserve aufgestockt und massiver Unterrichtsausfall verhindert werden können.

Auch mit der Bildungsplattform ella wurde viel versprochen und nichts erreicht, ebenso wie bei der Weiterentwicklung der Ganztagschulen und der Schulverwaltungsreform, die als kostenneutrales Qualitätskonzept verkauft wurde und bereits 30 Millionen Euro verschlungen hat. Verantwortung wälze die Ministerin auf Eltern und Lehrer ab. Kritik bügeln sie ab und bestrafe sie mit Einträgen in die Personalakte. Fulst-Blei fordert, den Lehrkräften endlich eine angemessene Unterstützung und vor allem Wertschätzung entgegenzubringen: „Behandeln Sie die Menschen endlich ordentlich und liefern Sie schnell und umfassend!“

Für Europa eintreten!

In der 90. Sitzung am 8. Mai diskutierte der Landtag im Rahmen der Aktuellen Debatte „Europa richtig machen – für Sicherheit, Frieden und Wohlstand“ über die Bedeutung und die Zukunft der Europäischen Union.

Grundsätzlich ist es richtig und wichtig, dass die CDU eine Aktuelle Debatte diesem Thema widmet. Wichtiger ist es aber, darüber nicht nur im Landtag, sondern draußen im Land mit den Menschen zu reden, betonte ich in meinem Redebeitrag. Aber die Bundeskanzlerin als wichtigste CDU-Politikerin macht keinerlei Wahlkampf, nicht für Europa an sich, ja nicht mal für die CDU. Die Bundeskanzlerin hat zu Europa nichts mehr zu sagen. Und diese Tatenlosigkeit, dieses Zaudern ist symptomatisch. Immer mehr Politikern reicht der Horizont nur noch bis zum Gartenzaun. Meist geht es um angstgetriebene Themen wie Grenzsicherung, Arbeitsmigration und die alte Mär von Deutschland als Zahlmeister Europas. Dabei zeigt eine Studie der Heinrich-Böll-Stiftung vom April 2019, dass sich über 75 Prozent der Deutschen ein kooperatives und aktives Auftreten Deutschlands in der EU wünschen. Über 76 Prozent glauben, dass Deutschland seine Ziele eher mit der EU als ohne sie erreichen kann, und 66 Prozent versprechen sich wirtschaftlich mehr Vor- als Nachteile von der EU. Und über 90 Prozent der Deutschen wünschen sich mehr gemeinsame Ausgaben der EU-Partner, insbesondere für Klima- und Umweltschutz, Forschung und Bildung, Sicherheit sowie Arbeit und Soziales. Die meisten Menschen im Land wollen mehr Europa. Wenn aber eine Minderheit lauter ist als diese große Mehrheit, dann ist Europa gefährdet. Was dann passiert, sehen wir in Großbritannien. Viele sind auf die Lügen hereingefallen und haben geglaubt, sie hätten zu viel Europa. Jetzt merken sie, dass ihnen ohne Europa nicht viel bleiben wird. Europa hat aber auch Feinde. Sie sind laut und aggressiv, ausdauernd und gut vernetzt. Deswegen braucht Europa nicht nur eine Mehrheit, die nichts gegen Europa hat, oder die seine Vorzüge schätzt. Europa braucht Menschen, die für Europa eintreten! Das ist eigentlich Aufgabe der politisch wichtigsten Menschen im Land. In Frankreich klappt das, aber hier bleiben die Bundeskanzlerin und auch Ministerpräsident Winfried Kretschmann stumm. Subsidiarität ist ihm Allzweckwaffe gegen jede Idee. Und Europa muss jenseits seiner Sonntagsreden als Sündenbock herhalten, wenn es einen braucht. Dabei wissen wir, dass wir nur mit einem geeinten Europa etwas erreichen können. Wir brauchen wieder den Mut, den die Generation hatte, die ein vereintes Europa schuf. Wir müssen wieder für Europa eintreten!

Endstation direkte Demokratie

In seiner 92. Sitzung am 16. Mai hinterfragte die SPD-Landtagsfraktion in einer Aktuellen Debatte und mit ihrem Antrag die wahre Haltung der Landesregierung zur gerade von den Grünen vielgepriesenen direkten Demokratie.

Während wir aktuell vor dem Landesverfassungsgericht um das Volksbegehren für gebührenfreie Kitas streiten, soll sich die Landesregierung erklären, wie sie es mit der direkten Demokratie tatsächlich hält. Seit der Einführung 1974 fand kein einziges Volksbegehren in Baden-Württemberg statt. Mehr Demokratie e.V. kritisiert, dass diese Beteiligungsform von der Landesregierung als Störfaktor empfunden werde. Insbesondere die Grünen, die bei ihrem Regierungsantritt 2011 eine Politik des Gehörtwerdens versprochen und 2014 gemeinsam mit der SPD die Gesetzeslage für mehr direkte Demokratie verbessern, wollen nun ein Volksbegehren nicht zulassen mit der fadenscheinigen Begründung, dass es finanzielle Auswirkungen auf den Landeshaushalt habe. Alle ernsthaften Entscheidungen ziehen finanzielle Auswirkungen nach sich. Dann dürfte über keine ernsthafte Frage mehr durch direkte Demokratie entschieden werden. 2011 aber hat es sehr wohl eine Volksabstimmung gegeben, nämlich zu Stuttgart 21, bei der es um sage und schreibe rund eine Milliarde Euro ging. Diese Volksabstimmung hält der Ministerpräsident allerdings durchaus für zulässig, denn sie sei vom Parlament und der Landesregierung initiiert worden. Nun aber sei der Antragsteller eine Partei. Wenn eine Partei also an der demokratischen Willensbildung mitwirkt, dann ist das nicht zulässig? Für mich ist das Demokratie!

Auch findet man auf der offiziellen Homepage der Landesregierung zu Volksbegehren den interessantesten Hinweis: „Anders als in anderen Bundesländern ist das Finanztabu weniger strikt und umfasst nur das Staatshaushaltsgesetz an sich. Kosten verursachende Gesetzentwürfe sind zulässig.“ Warum wird unser Antrag auf ein Volksbegehren dann abgelehnt? Es geht uns darum, dass wir direkte Demokratie in der Art und Weise ermöglichen wollen, wie unsere Gesetze dies vorsehen. Wer direkte Demokratie nur in der Theorie preist und im Alltag unmöglich machen will, der steht nicht für Volksbegehren, sondern für Volksverdummung. Ich schließe mich daher dem Appell von Mehr Demokratie e.V. an und fordere alle Abgeordneten des Landtags von Baden-Württemberg auf: Halten Sie ihr Versprechen von 2015 und bekennen Sie sich zur direkten Demokratie!

Hier geht es zu unserem Antrag DS 16/5885: https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/5000/16_5885_D.pdf

EU-Schulprojekttag



Im Rahmen des bundesweiten EU-Schulprojekttags besuchte ich am 27. März die Kaufmännische Schule in Heidenheim und diskutierte mit über hundert interessierten und gut vorbereiteten Schülerinnen und Schülern über Chancen und Herausforderungen eines geeinten Europas. Im Mittelpunkt standen der Brexit, Migration und Wirtschaftsbeziehungen. Deutlich wurde, dass den jungen Menschen ein offenes und friedliches Europa wichtig ist.

Wahlkreisbesuch in Dischingen

Beim Wahlkreisbesuch in Dischingen am 29. April berichtete Bürgermeister Alfons Jakl gemeinsam mit Vertretern aus dem Gemeinderat und der Verwaltung über die aktuelle Situation der Härtsfeldgemeinde. Im Mittelpunkt stand die Frage, was auf die Kommune zukommt, wenn die von der SPD verlangte Gebührenfreiheit für die Kitas komme. Dass hier das Land die Elternbeiträge ersetzen muss, ist selbstverständlich und machbar. Unterstützung kommt hier auch vom Bund durch das von Bundesfamilienministerin Franziska Giffey (SPD) verabschiedete Gute-Kita-Gesetz. Weitere Themen waren die gute Entwicklung der Egauschule als Gemeinschaftsschule, die ausreichende finanzielle Ausstattung der Kommunen durch das Land, die Notwendigkeit, neues Bauland auszuweisen, und der immer noch ausstehende Lückenschluss des Radwegs von Ballmertshofen zur bayerischen Landesgrenze. Im Anschluss an das Gespräch im Rathaus besuchten wir die Dischinger Firma VARTA Consumer Batteries.



Kundgebung des DGB zum 1. Mai



Drei Wochen vor der Europawahl stand die Kundgebung des DGB natürlich ganz im Zeichen von Europa. So lautete das Motto des traditionellen Demonstrationzuges vom Konzerthaus zum Lokschuppen: Europa. Jetzt. Aber richtig! DGB-Kreisvorsitzender Hans-Jörg Napravnik verwies in seiner Rede darauf, dass wir keine Leute brauchen, die das Haus Europa abreißen. Großbritannien sollte uns eine Warnung sein. Auch Leni Breymaier und ich waren als SPD-Wahlkreisabgeordnete gerne dabei und haben unsere Solidarität und Unterstützung für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern demonstriert.



Auch der SPD-Ortsverein und die Jusos nahmen selbstverständlich an der Kundgebung teil und nutzten die Gelegenheit, mit Leuten ins Gespräch zu kommen und auf ihr Wahlprogramm und ihre Kandidaten bei den anstehenden Kommunalwahlen aufmerksam zu machen.

Impressum:

Wahlkreisbüro Andreas Stoch MdL
Redaktion: Danjela Folberth
Bergstraße 8 | 89518 Heidenheim
Tel.: 07321/ 4 00 80
E-Mail: wahlkreisbuero@andreas-stoch.de
Internet: www.andreas-stoch.de